



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 28. Januar 2009
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>		Torsten Tollebeek (CDU)
Anwesende Ausschussmitglieder:		siehe Anlage 1
Ferner anwesend:		siehe Anlage 2
Tagesordnung:		siehe Anlage 3
Veröffentlichung:		siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil):	17:05 Uhr	Ende: 18:30 Uhr
Beginn (nicht öffentlicher Teil):	18:30 Uhr	Ende: 19:10 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 53/08 (Drucksachenband 133)

Drucksachenlisten DL Nrn. 01/09, 02/09 (Drucksachenband 134)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0001 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

Die nachfolgenden Punkte (Beschlussnummern 0002 bis 0018) werden ohne Beratung abgestimmt.

0002 09-V-52-0001

Neubau eines Kunstrasen-Sportplatzes in Medenbach

Enth. BLW

0003 08-V-86-0002

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Eigenbetrieb mattiaqua der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Wirtschaftsjahr 2008

Einstimmig

0004 08-V-20-0059

Finanzierung der Auswirkungen der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2008

Einstimmig

0005 08-V-66-0246

Fußgängersicherung Klarenthaler Straße, Wiesbaden-Rheingauviertel/Hollerborn

Einstimmig

0006 08-V-66-0254

Storchenallee/Wasserrolle - Ergänzung der Tempo-30-Zone

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. Januar 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- 0007** **08-V-66-0260**
Willy-Brandt-Allee; Überwachungsanlage
Einstimmig
- 0008** **08-V-66-0325**
Verkehrssicherung an Fahrbahn- und Gehwegflächen
Einstimmig
- 0009** **08-V-51-0064**
Europaschule Dr. Obermayr, Bezuschussung der neuen Kita " Kleiner Bahnhof " sowie
Erweiterung der Kita "Rosengärtchen "
Einstimmig
- 0010** **08-V-51-0075**
Krippenoffensive/Zweite Krippengruppe in der Kita St. Mauritius-/Thomasgemeinde e. V.
Einstimmig
- 0011** **08-V-51-0080**
Bezuschussung einer neuen Kita in Trägerschaft des Vereins Mini Amigos e. V.
Einstimmig
- 0012** **08-V-51-0082**
Umbaumaßnahmen in der Gaststätte des Georg-Buch-Hauses
Einstimmig
- 0013** **08-V-33-0009**
Neues DV-Verfahren für die KFZ-Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde
Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. Januar 2009

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0014 07-F-22-0002

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

Dieser Punkt wird zur Beratung in der kommenden Sitzung vorgesehen. Dazu wird das Hauptamt eingeladen.

Einstimmig

0016 08-F-01-0044

Sanierung Kuppeln Russische Kapelle; Mehrkosten - hier: Akteneinsicht
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.04.2008

Für die nächste Sitzung ist mit einem schriftlichen Bericht zu rechnen. Daher wird der Punkt auf die Sitzung am 11.03.09 verschoben.

Einstimmig

0018 08-V-80-2323

Abwicklung Hafenertrag;
Sanierung der Uferböschung im städtischen Teil des Schiersteiner Hafens

Einstimmig

0020 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 28.11.2008 wird genehmigt.

Einstimmig

0021 08-A-19-0007

Anmeldung einer Straußwirtschaft

Zu diesem Punkte ist neben Frau Schupp (AKB) und Revisionsamt auch Herr Frieser vom Bauaufsichtsamt anwesend.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass die Zustellung der Unterlagen an die Ausschussmitglieder von dem Verfasser ausdrücklich freigegeben worden ist. Die Vertraulichkeit dieser Schreiben muss auf jeden Fall gewahrt werden.

Frau Schupp berichtet, dass bisher von ihr und dem Revisionsamt die Genehmigung der Straußwirtschaft und die beantragte Außenbewirtschaftung und die Umgestaltung der Stellplätze

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. Januar 2009

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

geprüft werden konnte (Stand ca. 20.01. - danach Urlaub Frau Schupp). Sie hat Herrn Frieser (Bauaufsichtsamt gebeten, die rechtliche Seite des Genehmigungsverfahrens hier im Ausschuss vorzustellen. Es soll dadurch auch klar gestellt werden, wie Infos hin und her gehen, wie die Beteiligung der Ortsbeiräte geregelt ist usw.

Herr Frieser berichtet, dass die Beteiligung der Ortsbeiräte in § 82 HGO geregelt ist. Sie sind zu informieren über Dinge von gewisser Brisanz und das förmliche Einvernehmen nach § 32 des Baugesetzbuches ist bei Genehmigungsverfahren einzuholen. Die Ortsbeiräte werden in Wiesbaden alle 2 Wochen über alle anstehenden Bauverfahren informiert. Große Baugenehmigungsverfahren, Bebauungspläne usw. werden in den Sitzungen der Ortsbeiräte i. d. Regel von Stadtrat Prof. Dr. Pös vorgestellt.

Auf Nachfrage stellt Herr Frieser klar, dass die Ortsbeiräte keine Genehmigung erteilen, sondern dass es darum geht, die Ortsbeiräte über alle Bauvorhaben zu informieren. Dieses Verfahren sei mit dem Rechtsamt abgestimmt. Das bedeutet aber, dass in der Praxis auch der private Durchbruch in einer Küche dem Ortsbeirat bekannt gegeben wird. Lt. Herrn Frieser hat der Ortsbeirat aber keine Möglichkeit, die Genehmigung eines Bauvorhabens zu verhindern.

Nach Prüfung durch Frau Schupp und dem Revisionsamt wird klargestellt, dass keine Einflussnahme des Ortsvorstehers von Frauenstein festgestellt werden konnte. Dies wurde nach gängiger Rechtslage entschieden. Ein Bauantrag wurde von Seiten des Antragstellers zurückgezogen - daher gab es keine endgültige Entscheidung.

Lt. Vors. Tollebeek ist es schwer nachzuvollziehen, wie es zu den Äußerungen in der Presse kommen konnte. Eine Person aus dem Ortsbeirat muss Informationen weitergegeben haben.

Frau Schupp bestätigt, dass Gespräche untereinander sicher stattfinden, dies sei unstrittig. Aber eine Einflussnahme kann daraus nicht abgeleitet werden.

Stv. Gerich fragt nach, ob sich jemand besonders um die Fälle „gekümmert“ habe.

Frau Schupp berichtet dazu, dass es keine Vermerke zu solchen Gesprächen gäbe, so dass unterstellt werden muss, dass keine Einflussnahme stattgefunden habe. Sie weist aber darauf hin, dass sie die neuesten Unterlagen durch ihren Urlaub noch nicht prüfen konnte und dies zur nächsten Sitzung nachholen wird.

Der Ausschuss wird sich in der kommenden Sitzung nach weiterer Prüfung der Angelegenheit durch Frau Schupp und das Revisionsamt erneut mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Vors. Tollebeek stellt abschließend klar, dass die Ortsbezirke keine Fürstentümer seien und die Verwaltung nicht in einem falschen Licht dargestellt werden darf.

Einstimmig

0022 **08-F-25-0117**

Kommunaler Kostenausgleich bei Kita-Gebühren
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
vom 22.10.2008 -

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. Januar 2009

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Der schriftliche Bericht zu diesem Antrag liegt dem Ausschuss vor.

Herr Jäger (Sozialdezernat) berichtet, dass eine Klage vorbereitet werde. Mit dem Klageausgang wird sich der Ausschuss zu gegebener Zeit beschäftigen.

Einstimmig

0023 **08-F-01-0023**

Besuch des Dalai Lama 2005
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 19.02.2008 -

Stv. Gerich bedankt sich für den schriftlich vorliegenden Bericht zu dem Antrag. Er fragt nach, was es denn bedeute, dass wegen der „Kürze des Vorlaufs“ die Betriebskommission nicht informiert wurde. Nach seiner Auffassung hätte die Zeit durchaus ausgereicht, die Betriebskommission zu informieren.

Stadtrat Bendel teilt dazu mit, dass die Betriebskommission lediglich 3 bis 4 Mal im Jahr tagt. Die Nachfragen zum Besuch des Dalai Lama seien nicht so bedeutend gewesen, dass man dazu die Betriebskommission hätte außer der Reihe einladen müssen. Die turnusmäßige Sitzung konnte jedenfalls nicht erreicht werden.

Stv. Gerich weist auf einen Bericht im WK am 01.02.08 hin, in dem es heiße, dass Stadtrat Bendel die Verantwortung für die Überlassung des Kurhauses u.a. übernehme und dies für die beste Werbung für Wiesbaden halte.

Stadtrat Bendel widerspricht, er überlasse nichts. Dass der Besuch des Dalai Lamas die beste Werbung für Wiesbaden gewesen sei, würde er bestätigen.

Stv. Gerich fragt nach, ob es denn nicht bei einer Veranstaltung dieser Größenordnung ein Sitzungsprotokoll o.ä. gäbe.

Vors. Tollebeek weist auf die Stellung der Eigenbetriebe hin, wo es auch nicht möglich sei, einen Akteneinsichtsausschuss einzusetzen. Die Kurbetriebskommission könne die Protokolle einsehen, nicht aber der Revisionsausschuss.

Stadtrat Bendel teilt mit, dass die Staatsanwaltschaft die Angelegenheit geprüft und dazu alle Unterlagen erhalten habe. Es hätte keine Beanstandungen gegeben. Er weist darauf hin, dass alle Fraktionen in der Betriebskommission vertreten seien. Auf die negative Presse angesprochen (Stv. Gerich) erklärt Stadtrat Bendel, dass die Parteifreunde von Stv. Gerich nach seiner Auffassung die Angelegenheit am Köcheln halten. Er geht davon aus, dass der Dalai Lama Wiesbaden sicher nicht mehr besuchen werde.

Stv. Reitz geht davon aus, dass durch die Einstellung des staatsanwaltlichen Verfahrens die Angelegenheit ein Ende gefunden habe. Seine Fraktion sei mit dem Bericht zufrieden. Das Problem sei, dass die Abläufe nicht transparent sind und auch nicht sein können. Man müsse für eine Veranstaltung einer solchen Größenordnung eine Reihe von Verträgen schließen, die nach außen nicht darstellbar sind. Dadurch kämen einige Leute auf die Idee, dass etwas nicht in Ordnung sei. Man sollte mehr Vertrauen in das Geschäftsgebahren der Kurbetriebe haben.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. Januar 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Vorgänge seien nun abgeschlossen, alles war rechtlich zulässig und man sollte jetzt aufhören, massive Vorwürfe anzubringen.

Vors. Tollebeek stellt klar, dass die Kurbetriebe in die TriWiCon übergegangen seien. Die Einflussnahme der Stadtverordnetenversammlung beziehe sich nur noch auf die Gewährung von unmittelbaren Zuschüssen o.ä., alles andere sei Sache der Betriebskommission.

Einstimmig

0024 08-V-40-0039

Bewertung der 122. Vergleichenden Prüfung
" Gastschulbeträge "

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass es hier um wesentlich höhere Beträge geht, als bei den Kitas. Es werde eine Menge Geld für die Umlandgemeinden ausgegeben. Es sollte auf jeden Fall für einen Kostenausgleich gesorgt werden. Er macht die Rechnung auf, dass im Jahr 7,5 Mio EURO (5.000 € X 1.500 Schüler) für Schüler aus dem Umland aufgebracht werden müssen. Die Großstädte bekämen die Kosten aufgedrückt. Die Landes- und Bundesgesetzgeber seien hier gefordert. Man halte in Wiesbaden alles vor (ÖPNV, Straßenbau usw.) - die Bevorzugung der Landkreise sei nicht gerecht. Man müsse fraktionsübergreifend beim Gesetzgeber anregen, einen Ausgleich zu schaffen. Mit dem für die auswärtigen Schüler aufgebrachten Geld könnte man z.B. die Kitas kostenlos anbieten.

Einstimmig

0025 07-V-51-0063

Upgrade von PROSOZ/s auf OPEN/PROSOZ für den Bereich SGB II

Herr Werner (Amt für Soziale Arbeit) ist zu diesem Punkt anwesend und berichtet mündlich über den Stand des Projekts bzw. des Echtbetriebs, der seit Oktober 2008 laufe. Es sei kein Chaos eingetreten, die erste große Hürde habe man erfolgreich genommen. Bis zum 30.09.08 habe man 3 Datenbestände gehabt: die Ausbildungsagentur, die Leistungen zum Lebensunterhalt und die komm. Arbeitsvermittlung - diese seien nun zusammengefasst worden.

Dies berge überwiegend Vorteile, es seien aber auch Absprachen notwendig.

Man habe 8 neue Arbeitsgruppen eingerichtet. Aufgrund der neuen Software war der Leistungsprozess zu überprüfen. In diesen Arbeitsgruppen werden die Abläufe von der Antragsannahme bis zur Bescheiderteilung diskutiert und evtl. verändert.

Es müsse noch eine formale Freigabe erfolgen. Dazu habe man zusammen mit Herrn Buch eine 20 bis 30 Seiten lange Checkliste erstellt.

Ein Bestandteil der Checkliste ist, dass die Anforderungen an den Hersteller beschrieben und festgehalten werden. Hier ist es z.B. zu einem Problem gekommen, dass Angebote nicht mehr sichtbar sind, wenn 5 Bewerber aufgebucht sind. Das Angebot bleibt leider auch unsichtbar, wenn keiner der Bewerber geeignet war. Dies muss geändert werden.

Man werde sich mit dem Hertener Anbieter treffen. Problem sei aber auch, dass es außer Wiesbaden kaum Echt-Anwender gäbe. Deutschlandweit ist Wiesbaden die einzige Optionskommune mit dem System - ein echter Pionier.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Ende Dezember 2008 wurde das neue SGB II veröffentlicht. Es geht jetzt nicht mehr nur eine Neuausrichtung arbeitsmarktrechtlicher Instrumente, sondern es kam auch der Gesundheitsfonds dazu, der Wiesbaden in vielen Fällen trifft.

In Wiesbaden gibt es darüber hinaus 350 Selbständige, die ergänzende Hilfen bekämen. Ein weiteres Problem ist, dass es nicht möglich ist, dauerhaft arbeitslos zu sein und SGB II-Leistungen zu erhalten (evtl. in Ausnahmefällen).

Der Personalrat ist bei PROSOZ mit einbezogen.

Man habe nicht nur Lizenzen bestellt, sondern auch die SAP-Schnittstellen mussten technisch erfüllt werden. Ein kleiner Teilbereich kann immer noch nicht umgesetzt werden, so dass zur Zeit noch Teilbereiche händisch erfasst werden.

Man sei mit den geplanten Finanzmitteln ausgekommen.

Vors. Tollebeek fragt nach der Einhaltung des Zeitplans und ob die Verzögerungen bei PROSOZ die Umsetzung von SAP im Gesamtkörper Stadt beeinflussen.

Herr Werner weist noch einmal darauf hin, dass der Projektstatus beendet sei und dass die Echanwendung laufe. Man müsse damit arbeiten, es gäbe keine Alternative, aber er habe keine Sorge.

Der Ausschuss erbittet einen erneuten Sachstandsbericht nach der Sommerpause.

Einstimmig

0026 **08-V-66-0245**

Fußgängersicherung, Albrecht-Dürer-Straße, Wiesbaden-Nordost

Stv. Reitz stellt klar, dass nach seiner Auffassung zwar tagsüber eine starke Fußgängerfrequenz vorliege, dies aber für nachts nicht bestätigt werden könne. Er hält die Beleuchtung nachts für überflüssig. Die Beleuchtung verursache unnötig hohe Kosten. Hinzu komme, dass der Ortsbeirat bereits vor einem Jahr beschlossen habe, eine Fußgängersicherung anzubringen. Warum müsse man jetzt über eine üpl.-Vorlage beraten?

Herr Specht (Tiefbauamt) erklärt, dass alle Maßnahmen dieser Art beleuchtet sein müssen, damit auch nachts die Sicherheit gegeben sei. Auch auf Nachfragen weist er auf Kriterien hin, die hier notwendigerweise eingehalten und umgesetzt werden. Zum zeitlichen Ablauf gibt er an, dass man bei den einzelnen Maßnahmen einen Stau habe, daher erfolgt die Umsetzung erst jetzt.

Stv. Reiß versteht den Paradigmenwechsel nicht. Jahrelang habe man nicht einmal einen Zebrastreifen angelegt, jetzt gäbe es dauernd Vorlagen zu diesem Thema.

Herr Specht weist erneut auf den Maßnahmen-Stau hin.

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. Januar 2009

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Vors. Tollebeek sieht die Notwendigkeit von üpl-Vorlagen nicht. Die Maßnahmen könnten genauso gut in den Haushalt aufgenommen werden und es könnten dann z.B. auch Externe die einzelnen Maßnahmen umsetzen.

Er ist erstaunt darüber, dass es jetzt heißt, man habe einen Stau, man habe 18 Zebrastreifen in der Pipeline. Bisher habe niemand die Stadtverordnetenversammlung darüber informiert, dass das Amt die Maßnahmen nicht umsetzen könne. Trotz allem könnten die Mittel im Haushalt stehen. Bei Kunstrasenplätzen ginge es doch auch anders. Wenn Bedarf bestünde, müsse dieser doch auch angemeldet werden. Die ständigen üpl-Vorlagen sind nicht der richtige Weg. Er fragt nach, wo die einzelnen Maßnahmen denn jetzt überhaupt herkämen?

Herr Specht berichtet, dass es bei Aufstellung des Haushalts nicht nur 1 Programm gab, sondern 25 bis 30 verschiedene mit insgesamt 400 Maßnahmen. Man musste Prioritäten setzen und es hätte überall einen Überhang gegeben.

Die Bushaltestelle an der Albrecht-Dürer-Straße sei lt. Vors. Tollebeek schon lange da. Jetzt mit der Verkehrssicherungspflicht zu kommen, sei merkwürdig. Man habe nicht einmal ein Drittel des Budgets ausgegeben.

Herr Emmel (Kämmerei) weist darauf hin, dass in früheren Haushalten 6 Maßnahmen in die Prio-Liste durch die Stadtverordnetenversammlung aufgenommen wurden.

Lt. Vors. Tollebeek könne man aber keine Prioritäten setzen, wenn man die Maßnahmen gar nicht kennt.

Stv. Reitz findet auch, dass die Prioritäten weniger von der Politik festgelegt werden, sondern dass die Verwaltung Vorschläge macht. Manche der Forderungen der Ortsbeiräte seien z.B. 20 Jahre alt.

Stv. Brenneis fragt nach, ob man denn die Prioritäten-Liste, die das Tiefbauamt erstellt habe, denn nicht erhalten könne.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung darum, die vorhandene Prioritäten-Liste dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr und dem Revisionsausschuss zur Verfügung zu stellen.

Einstimmig

0027 08-V-05-0007

Beschaffung einer Hubarbeitsbühne für die Baumkolonne

Lt. Stv. Reitz war angedacht, alle neu zu beschaffenden Fahrzeuge mit Gasantrieb zu erwerben. Die hier beschaffte Arbeitsbühne werde aber mit Diesel betrieben. Weiß man denn, wie der Gesetzgeber in Zukunft zu mit Diesel betriebenen Fahrzeugen, Großgeräten usw. stehen wird? Sind solche Fahrzeuge in Zukunft vielleicht nicht mehr zulässig?
Von welcher Laufzeit geht man denn aus?

Herr Mengden (Umweltamt) ist zu diesem Punkt anwesend. Er erklärt, dass sein Bereich nur Fahrzeuge beschaffe, die eine lange Laufzeit haben. Man beobachte auch die Verschärfungen von Seiten des Gesetzgebers. Bei Hubarbeitsbühnen gäbe es keinen Gasmotor, deshalb müsse man den üblichen Dieselmotor in Kauf nehmen. Man rechne mit einer Laufzeit des Gerätes von 10 -12 Jahren.

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. Januar 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Er bittet um Verständnis dafür, dass man hier eine Ausnahme vom Stadtverordnetenbeschluss (neue Fahrzeuge mit Gasantrieb) machen müsse.

Einstimmig

0028 08-V-41-0023

Sanierung Wartburg / Stand und Verlauf der Arbeiten

Für Vors. Tollebeek ist die Sanierung der Wartburg eine unendliche Geschichte. Zum nächsten Doppelhaushalt müsse geklärt werden, wie viel Sanierungskosten in Zukunft entstehen werden. Außerdem müssen die Sanierungskosten im Kulturbudget veranschlagt werden. Er halte die Maßnahme für ein Fass ohne Boden, dass es endgültig zu bewerten gelte.

Lt. Stv. Gerich sind gerade bei alten Gebäuden nicht alle Sanierungspunkte im Vorhinein erkennbar. Er möchte wissen, wer die Maßnahmen zu verantworten habe. Er rechnet damit, dass aus den 3 Mio geplanter Kosten am Ende 8 oder 9 Mio € werden. Es könne kein Zustand sein, dass man sich alle 3 Monate mit einer weiteren üpl-Vorlage zur Wartburg beschäftigen müsse. Deshalb wünscht er eine genaue Hochrechnung.

Herr Funk (Kulturamt) versichert, dass die jetzt genannte Summe der Endstand sei. Es habe schwierige Zustände im Rohbaubereich gegeben. Es sei aber fraglich, ob es gelingen wird, Kosten wieder hereinzuholen. Aber die Kostenkalkulation als solche sei am Endstand angekommen. Die Kosten seien im Kulturretat veranschlagt, das Gebäude würde in Gänze kulturell genutzt. Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek bestätigt Herr Funk, dass vom Erdgeschoss bis zum 3. Stock der Stand erreicht ist, dass alle Kosten kalkuliert bzw. gedeckt sind.

Einstimmig

0029 08-V-51-0076

Investitionszuschuss an die Johanniter Unfallhilfe zum Einrichten einer Küche

Stv. Gerich fragt nach, wie hoch der Anteil des Zuschusses an den Gesamtkosten ist und wie teuer die Küche insgesamt ist. Außerdem soll geklärt werden, ob schon bei Angebotsabgabe bzw. Vertragsabschluss absehbar war, dass das Gebäude verkauft wird.

Herr Jäger wird die Fragen des Ausschusses rechtzeitig vor der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung beantworten und der Geschäftsstelle des Ausschusses zuleiten.

Einstimmig

0030 08-V-33-0007

Projekt MUSE - Muslimische Seelsorge in Wiesbaden

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. Januar 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Busse bittet darum, dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration vor der Entscheidung über die Fortführung des Projektes rechtzeitig zu seiner Sitzung am 05.05.2009

- einen Finanz- und Erfahrungsbericht zum Projekt MUSE vorzulegen und - sollte das Projekt weitergeführt werden -
- dem Ausschuss zukünftig einen Bericht über die Aktivitäten und den finanziellen Rahmen jährlich vorzulegen.

Enth. BLW

0031 09-A-19-0001

Prüfung der Jahresrechnungen 2006 und 2007 - Sachstand

Herrn Zenzen (Leiter des Revisionsamtes) berichtet, dass

- die Jahresrechnung 2006 dem Ausschuss voraussichtlich im März oder April diesen Jahres vorgelegt werden kann,
- aktuell die Eröffnungsbilanz der Landeshauptstadt Wiesbaden zu prüfen ist und danach
- die Prüfung der Jahresrechnung 2007 angegangen wird.

Für die Zukunft sei angedacht, dass die Jahresrechnungen möglichst im darauf folgenden Jahr vorgelegt werden (Jahresrechnung 2010 im Jahr 2011).

Einstimmig

0032 Verschiedenes

Der Ausschuss wird seine Sitzung am 11.03.09 in den Räumen der Kämmerei abhalten.

Die Liste der offenen Punkte wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

nicht öffentliche Sitzung

0034 08-A-19-0002

Verpachtung städtischer Jagdreviere

Vors. Tollebeek verliest das Schreiben der Fachverwaltung.

Frau Rippelbeck (Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten) berichtet, dass die Verpachtung der Jagdbezirke in der Regel zum 01.04. eines Jahres erfolgt. Eine Sitzungsvorlage sei vorbereitet, die zurzeit beim Rechtsamt liege und kurzfristig in den Geschäftsgang gehe.

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. Januar 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Verdingungsstelle wird die Verpachtung vornehmen.
Für die Jungjäger seien im Bereich Grauer Stein 300 ha als Revier vorgesehen. Auch das würde in der Vorlage beschrieben.
Alle Jäger würden außerdem schriftlich benachrichtigt.

Einstimmig

0035 08-V-20-0072

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2008

Lt. Vors. Tollebeek handelt es sich um eine umfangreiche Vorlage, die Arbeitsgrundlage sein könnte. WIVERTIS würde sich in der Vorlage jetzt besser darstellen.
Man solle sich die Vorlage noch einmal anschauen, ob alle Vorgaben erfüllt seien.

Die Beratung wird bis zur Sitzung des Ausschusses am 11.03.2009 zurückgestellt.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .03.2009

Vorsitzender Schriftführer weitere Schriftführerin

Tollebeek Reitz Koba